

Schlussstrich für die Täter – Verhöhnung der Opfer

14 bis 15 Millionen Menschen (KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zivilpersonen, die außerhalb der Grenzen von 1937 lebten) wurden während des Zweiten Weltkriegs nach Deutschland verschleppt und hatten hier Zwangsarbeit zu leisten. Die Menschen, die den Transport nach Deutschland nicht überlebten sind in dieser Zahl genauso wenig enthalten wie die Menschen, die in den von Deutschland besetzten Ländern für deutsche Unternehmen schufteten mussten.

Den Zwangsarbeitern stehen 180 Milliarden DM vorenthaltener Lohn zu!

Diese Verbrechen sollen nun mit 10 Mrd. DM abgegolten werden, wobei die deutsche Wirtschaft nur 5 Mrd. DM zu zahlen hat und die auch noch steuerlich absetzen kann, so dass letztlich weniger als 3 Mrd. DM von den Konzernen zu zahlen sind. Der Berliner Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski belegte in einem Gutachten, dass den Zwangsarbeitern 180 Milliarden DM zustehen.

Thomas Kuczynskis Berechnung geht davon aus, dass die nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppten Menschen insgesamt über 21 Millionen Jahre bzw. 64 Milliarden Stunden für die deutschen Unternehmen schufteten. Hätten deutsche Zivilarbeitskräfte diese Arbeit geleistet, hätte das die deutschen Unternehmen nach den damals üblichen Lohnsätzen 36 Milliarden Reichsmark (RM) gekostet. Durch die den Zwangsarbeitern vorenthaltenen Löhne „sparten“ die Unternehmen 16,23 Milliarden RM. Diese 16,23 Milliarden RM müssen nun in DM umgerechnet werden. Kuczynski errechnet einen Faktor von 11,12, der sich aus dem kombinierten Lebenshaltungs- und Lohnindex ergibt. Multipliziert man den den Zwangsarbeitern vorenthaltenen Lohn von 16,23 Milliarden RM mit diesem Umrechnungsfaktor von 11,12 erhält man 180.477.600.000 DM, also 180,5 Mrd. DM. Nicht berücksichtigt hat Kuczynski die im Laufe der vergangenen 55 Jahre angefallenen Zinsen.

Neben diesen 180 Milliarden DM ist noch Entschädigung für den Hunger, Folter, Tod ... zu zahlen!

Die deutsche Wirtschaft kann das zahlen, sie hat jährlich einen Reingewinn von etwa 800 Milliarden DM. Freiwillig wird sie das natürlich nie und nimmer tun, wenn wir es nicht erkämpfen.

Es gab eine Unterschriftensammlung, an der sich Tausende beteiligten, die auch große Zeitungsannoncen finanzierten. Sie forderten:

- Vorenthaltener Lohn muss bezahlt werden – ohne Wenn und Aber.
- Sofortige Zahlung von 10.000 DM an jede/n Zwangsarbeiter/in durch die Bundesrepublik Deutschland. Keine Verzichtserklärung als Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Zahlung.
- Die Bundesrepublik Deutschland hat ehemalige Zwangsarbeiter umfassend zu entschädigen. Eine Verjährung von Ansprüchen findet nicht statt. Die Entschädigungssumme ist bei den Unternehmen einzutreiben.
- Kein Rechtsfrieden auf dem Rücken der Opfer.

Aber dieser Kampf ging verloren. Es gelang nicht, der deutschen Bevölkerung klar zu machen, dass es ihre verdammte Schuldigkeit und in ihrem eigenen Interesse ist, die Verpflichtungen gegenüber der Welt anzuerkennen. Sonst setzt man den Krieg fort, den Hitler begonnen hat, oder man bereitet den Boden für den nächsten Krieg. Das ist das gefährliche daran.

Das Stiftungsgesetz ist ein Schlusstrichgesetz

Es speist einen Teil der Opfer mit Brosamen ab, aber vor allem bringt es den deutschen Konzernen Rechtssicherheit. Die BRD hat abgeschlossen mit dem zweiten Weltkrieg und kann nun den dritten vorbereiten.

Mit dem 2+4-Vertrag kam alles ins Rollen

Aufgrund eines fehlenden Friedensvertrages hatte die BRD stets die Opfer auf später vertröstet. Reparationen hat sie ebenfalls nur in geringem Maße geleistet. Der 2+4-Vertrag aber kam einem Friedensvertrag gleich, damit kam auf dieses „vereinte Deutschland“ ein Schuldenberg von geschätzten 2 Billionen DM für noch nicht geleistete Reparationen zu.

Von dem, was den Völkern der Welt an Reparationen zusteht, wurde bis zum 31.12.1953 101,3 Mrd. DM (DM-Wert von '53) gezahlt. 98% davon, um genau zu sein 99,1 Mrd. DM brachten die DDR-Bürger auf, die restlichen 2%, läppische 2,2 Mrd. DM, zahlte die BRD. „Damit entfielen auf jeden Einwohner vom Kind bis zum Greis in der DDR 5.500 DM Reparationen und in der Bundesrepublik 440 DM zum Wert von 1953; in der DDR also pro Kopf mehr als das Dreizehnfache.“ (*Wenzel, Plan und Wirklichkeit, Zur DDR-Ökonomie*)

Dass sich die BRD also die DDR einverleibte, hätte sie einen Batzen Geld kosten müssen. Aber auch diese Hürde ist nun zumindest hinsichtlich der Zwangsarbeiterentschädigung genommen. Offen bleibt, was die überfallenen Völker heute noch von der BRD zu fordern wagen. Aus Griechenland fordern Überlebende eines von den deutschen Besatzern angerichteten Massakers umgerechnet 56 Millionen DM plus Zinsen an Entschädigung und Herr Fischer droht Griechenland mit Sanktionen. Die Tschechische Republik hat errechnet, dass sie Forderungen in Höhe von 70 Milliarden an das neue Großdeutschland stellen kann. Und die BRD drohte prompt, dass sie eine Aufnahme in die EU nicht vorantreiben würde, wenn diese Forderung auf die Tagesordnung gesetzt werden sollte.

Wenn wir diesem Treiben der BRD-Regierung weiterhin tatenlos zusehen, werden wir dazu verdammt sein, in den nächsten Krieg zu ziehen für die, die 1990 über uns herfielen, uns die ökonomische Basis zerstörten und unseren Stolz raubten. Mag unsere Existenz auch bescheiden gewesen sein: Wir haben gelebt ohne die Ausbeutung anderer Völker und in Frieden mit den Völkern der Welt.